

Was kann die Schweiz zu einem sozialen Europa beitragen?

... oder: Wie solls jetzt weitergehen mit der EU?

Inhalt

Historischer Überblick: Arbeitsmigration und Volksabstimmungen

- I. Das Problem: grosses geografisches Lohngefälle in einem offenen Arbeitsmarkt**
- II. Die Lösung: Regulierung (AVE-Löhne und wirksame Kontrollen)**
- III. Der Streit: Konsens im Prinzip – Dissens in der Praxis**
- IV. Wie weiter? Die Akteure in der Schweiz.**
- V. Und die EU?**

100 Jahre Arbeitsmigrationspolitik im Zeitraffer

- Zwischen den Weltkriegen: Abschottung!
- Nachkriegsboom: Kontingente, Diskriminierung (Saisonierstatut)
- 1970-1990: Wirtschaftskrisen, gewerkschaftliche Organisation der Migration
- 1990er: Neoliberale Austeritätspolitik und Prekarisierungswelle, 3-Kreise-Modell (ab 1991), EWR-Fiasko, EU-Erweiterung
- 2000: Bilaterale Abkommen, PFZ statt Saisonierstatut
- Seit 2002/04: Ausbau FlaM
 - 2004: Entsendegesetz (u.a. Löhne), Kontrollsystem (**paritätische** + tripartite Kommissionen), staatliche Normalarbeitsverträge (NAV) mit Mindestlöhnen
 - 2006: Schriftliche Mitteilung der Kernarbeitsbedingungen, **Meldepflicht: 8 Tage**, Erleichterung AVE-GAV-Bestimmungen, Anzahl Inspektor:innen, **Risikobranchen**
 - 2009: **Kautionen in AVE-GAV, Verschärfung Sanktionen, Minimalvorg. Kontrollen**
 - 2013: **Bestimmungen gegen Scheinselbständigkeit, Solidarhaftung (Subuntern.)**
 - 2016/18: Stellenmeldepflicht (=Arbeitslosenvorrang), Verschärfung Sanktionen, Minimalvorgabe **35'000 Lohnkontrollen**
 - Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose (60+)

Ein Seitenblick auf politische Mehrheiten

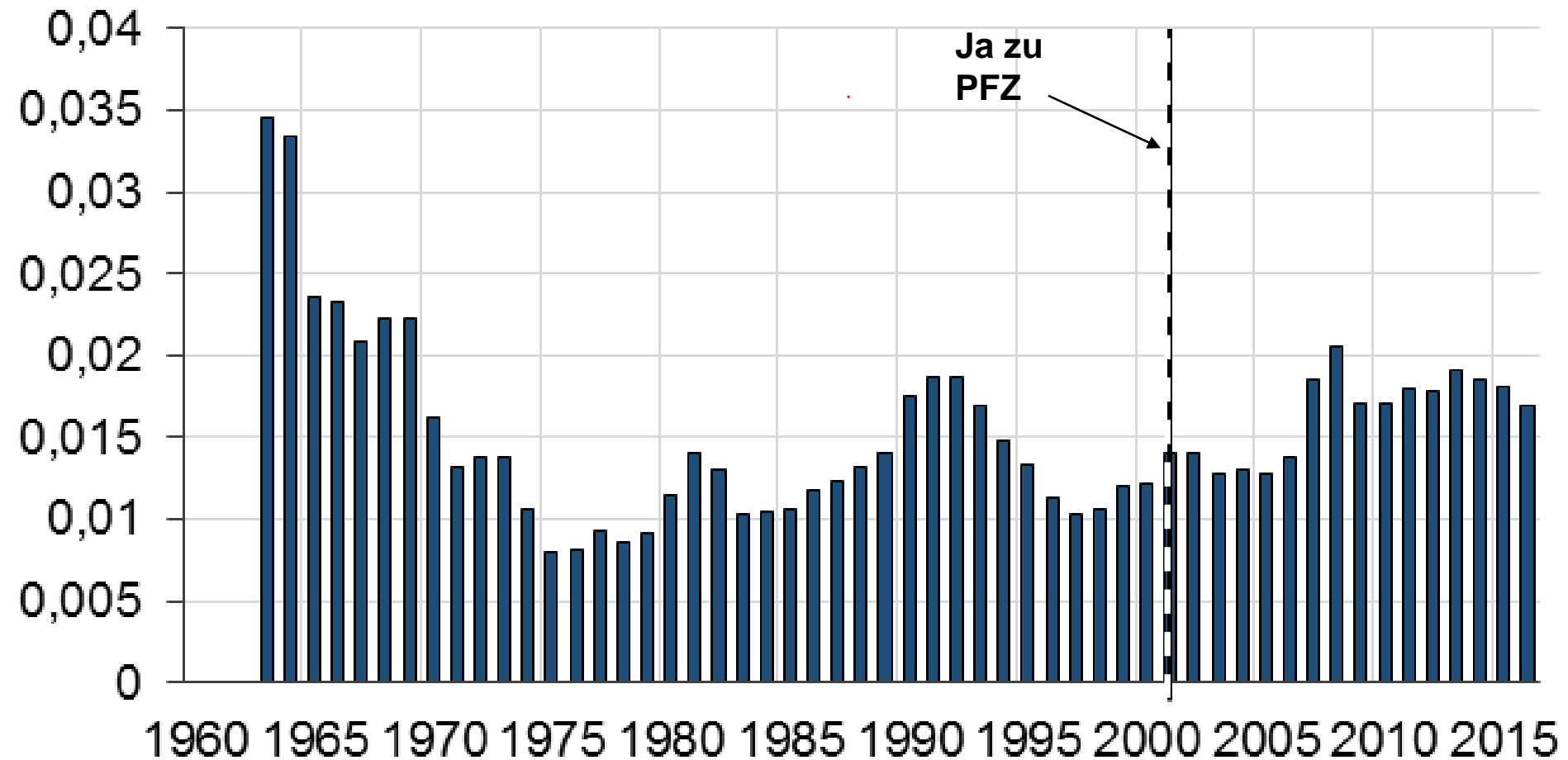
- **1992 EWR, ohne FlaM: 50,3% Nein**
- **2000 Bilaterale Verträge I, mit FlaM: 67,2% Ja**
- **2005/06 Bilaterale Verträge II + Osterweiterung, mit Verbesserung FlaM+: 56% Ja**
- **2009 Erweiterung Rumänien/Bulgarien, mit FlaM+: 59,6% Ja**
- **2014 SVP-MEI ohne Verbesserung FlaM: 50,3% Ja, d.h. Nein zur PFZ**
- **2020 SVP-Kündigungsinitiative, mit FlaM+: 61,7% Nein, d.h. Ja zur PFZ**
- **2021 InstA, mit Schwächung FlaM: Abbruch durch BR**

→ **Zwischenfazit: Europa ist in der Schweiz (aber auch in Europa selber → siehe Brexit und EU-Vertrags-Abstimmungen) nur «mehrheitsfähig», wenn Markt-Integration mit Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen verbunden ist (FlaM!).**

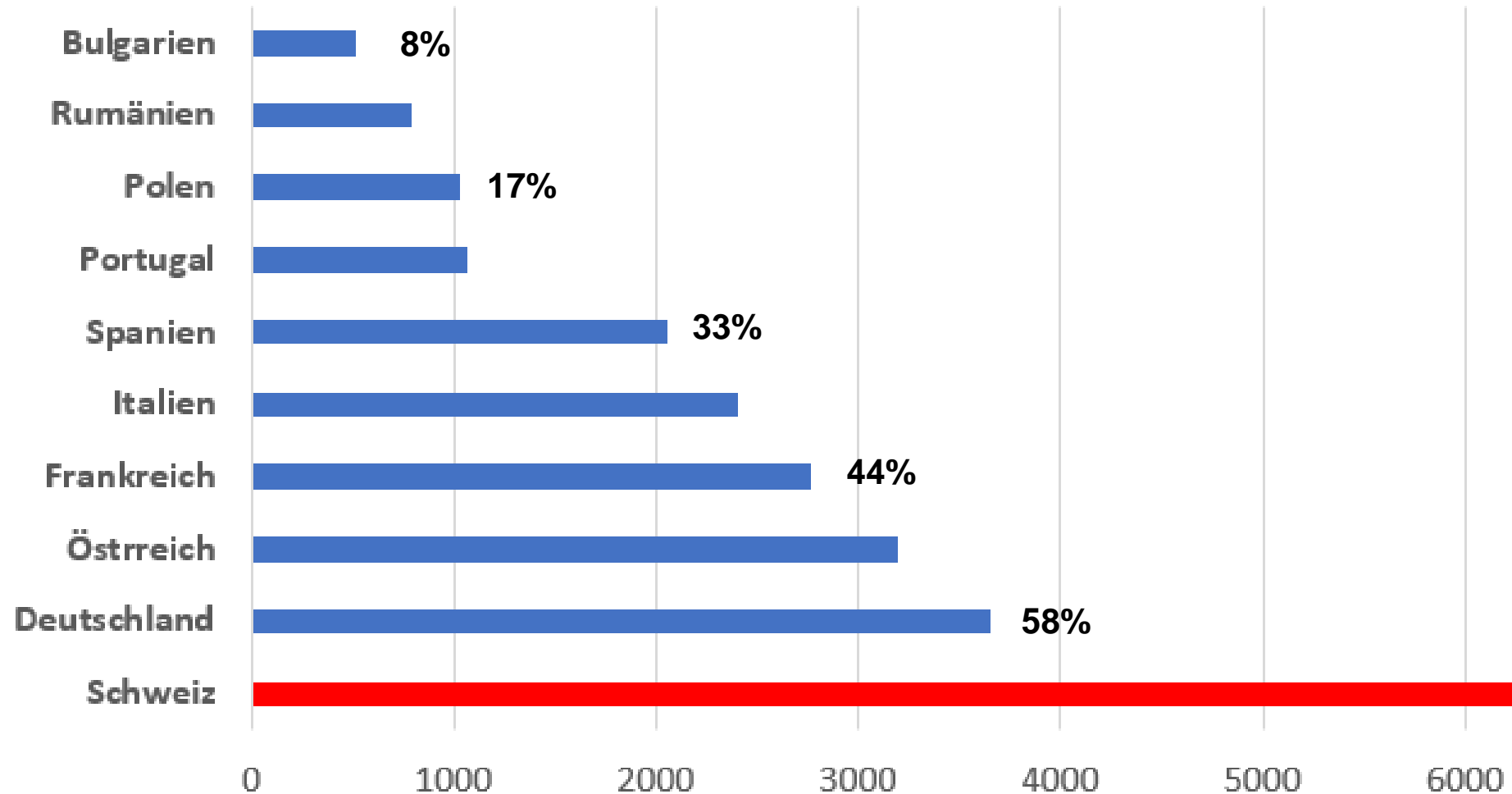
→ **Grundorientierung Gewerkschaften: Für eine offene und soziale Schweiz ohne Diskriminierung als Beitrag zu sozialen Europa, zur Eindämmung des Rechtsnationalismus und für den Frieden!**

I. Das Problem: grosses geografisches Lohngefälle in einem offenen Arbeitsmarkt

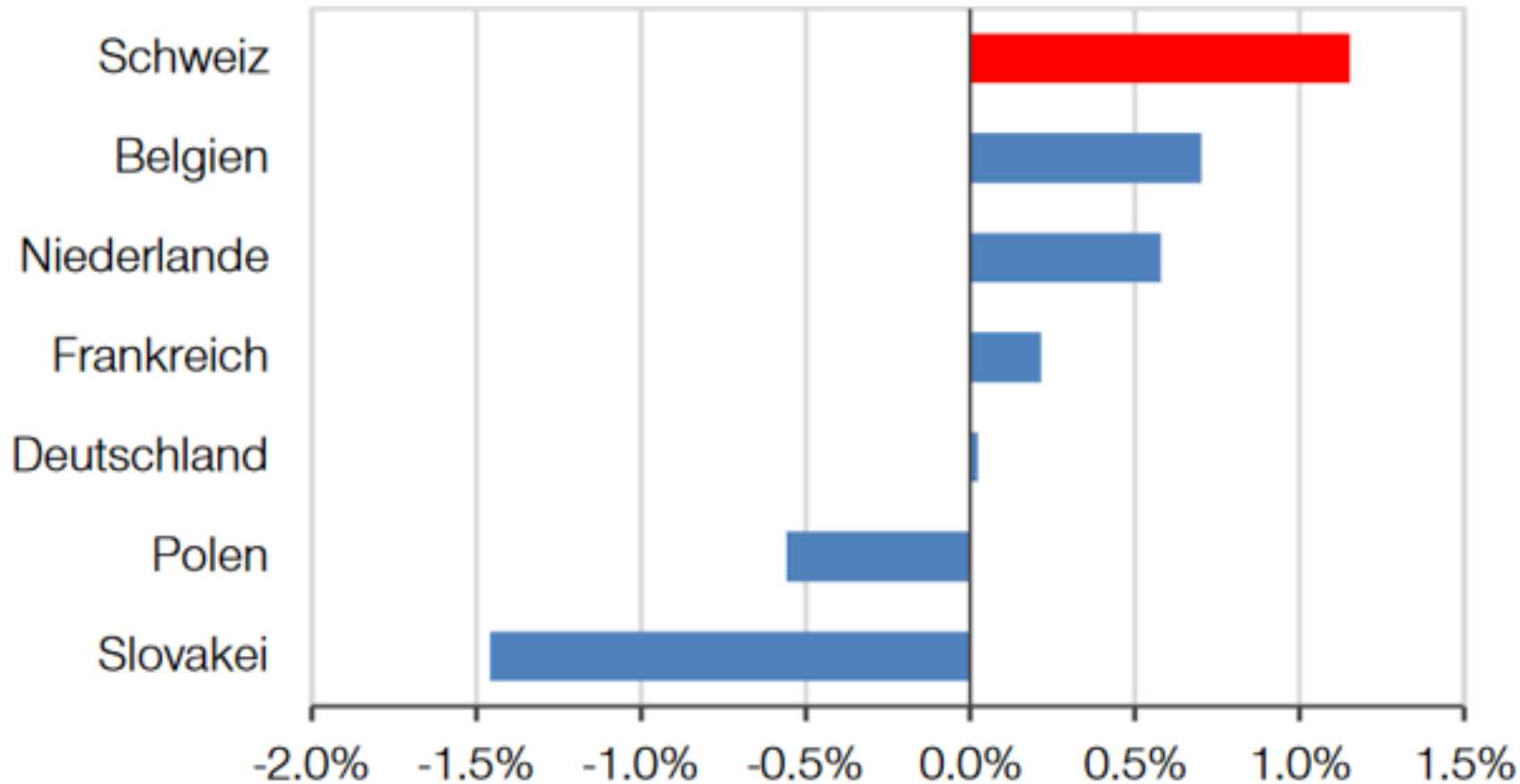
Das Problem ist NICHT die Arbeits-Immigration!



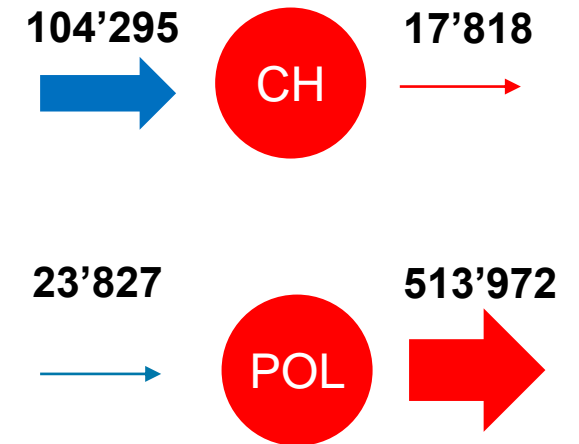
Lohngefälle: Auch ein «Luxus-Problem» bleibt ein Problem



Schweizer Markt: offensichtlich attraktiv für Entsendebetriebe



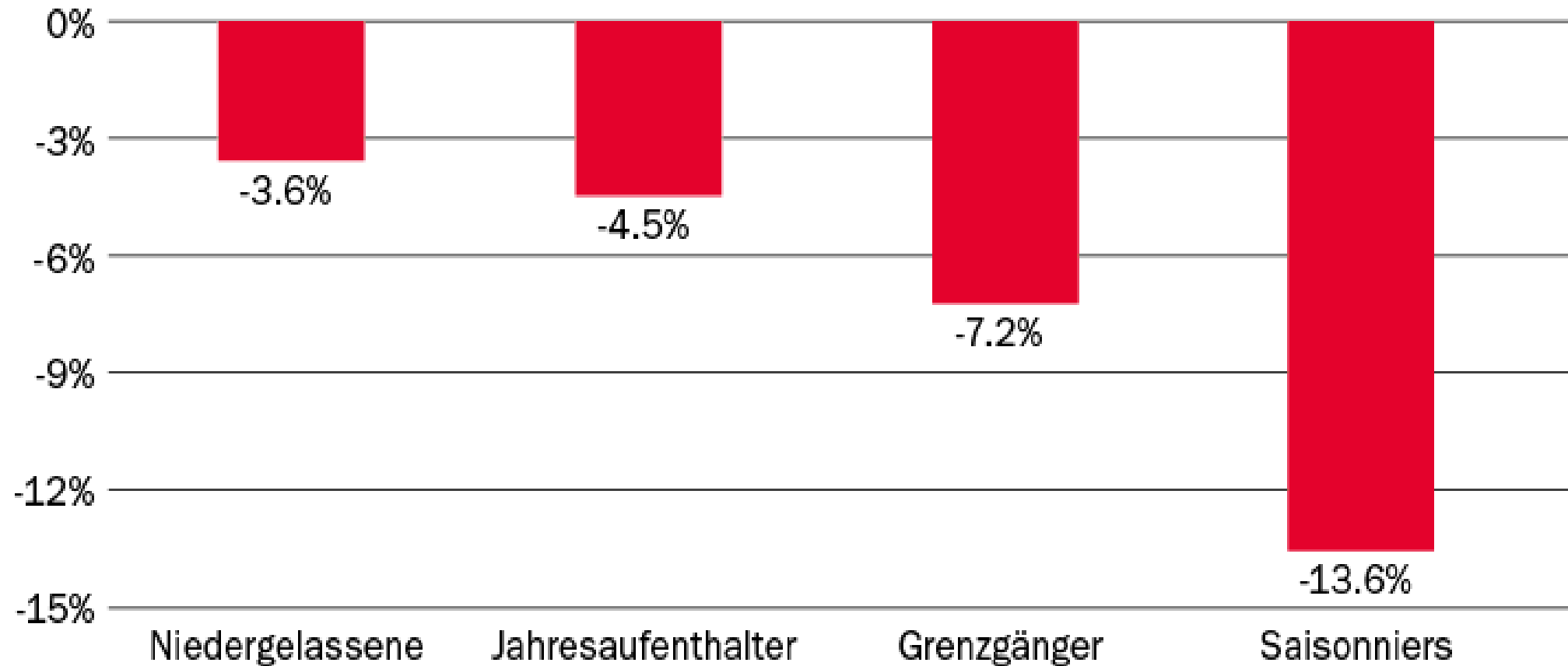
Entsandte Arbeitnehmende



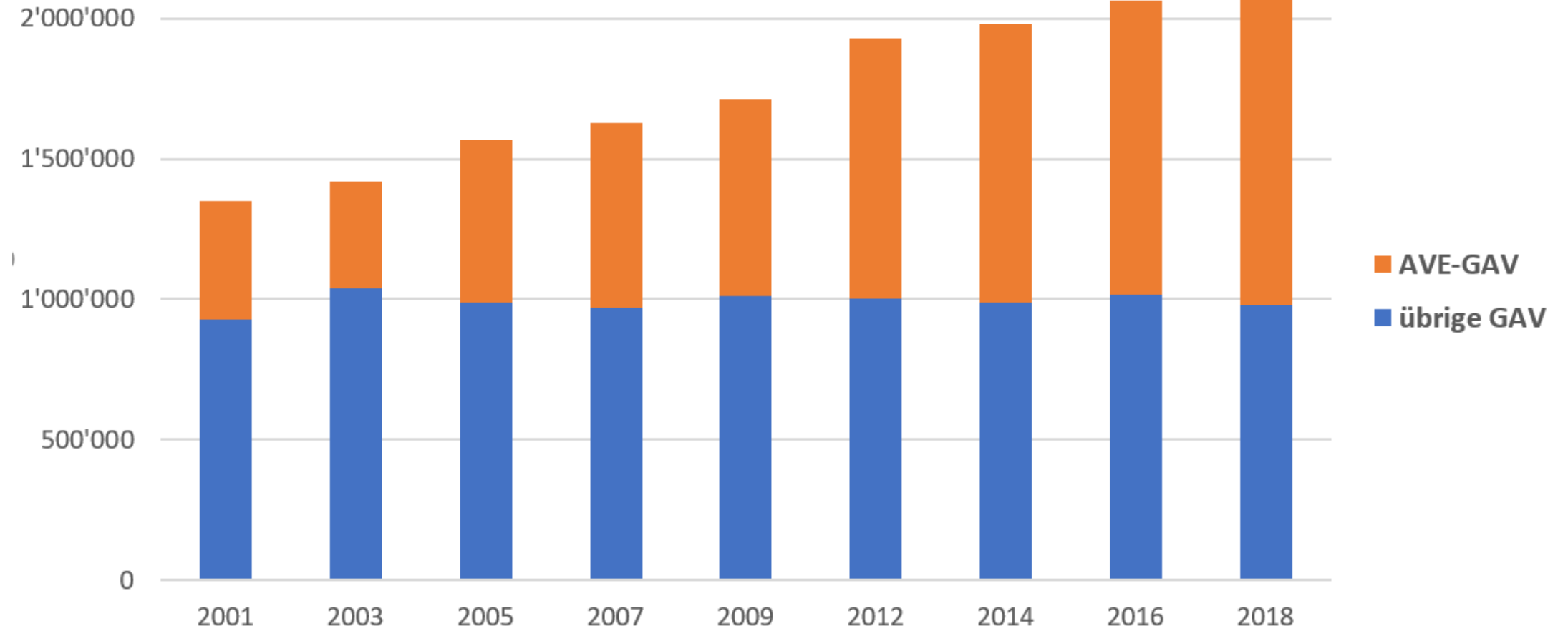
Lohndumpinggefahr in CH grösser → CH braucht wirksame FlaM.

II. Die Lösung: Regulierung und gleiche Rechte (allgemeinverbindliche Löhne und wirksame Kontrollen)

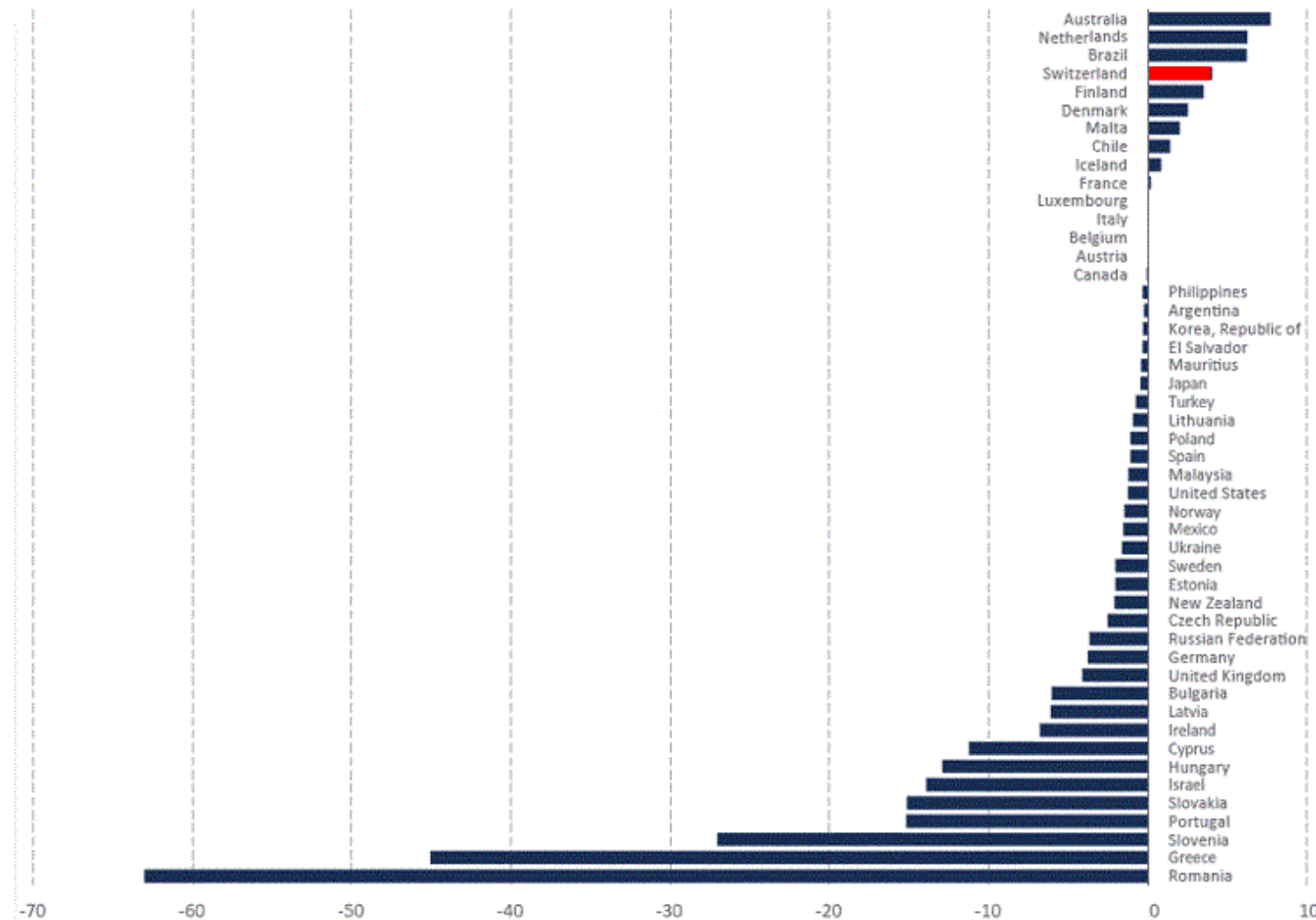
Kontingente und Diskriminierung führten zu Lohndruck



Wirksame FlaM: Mehr AVE-GAV-Unterstellte!



Vertragsabdeckung im internationalen Vergleich

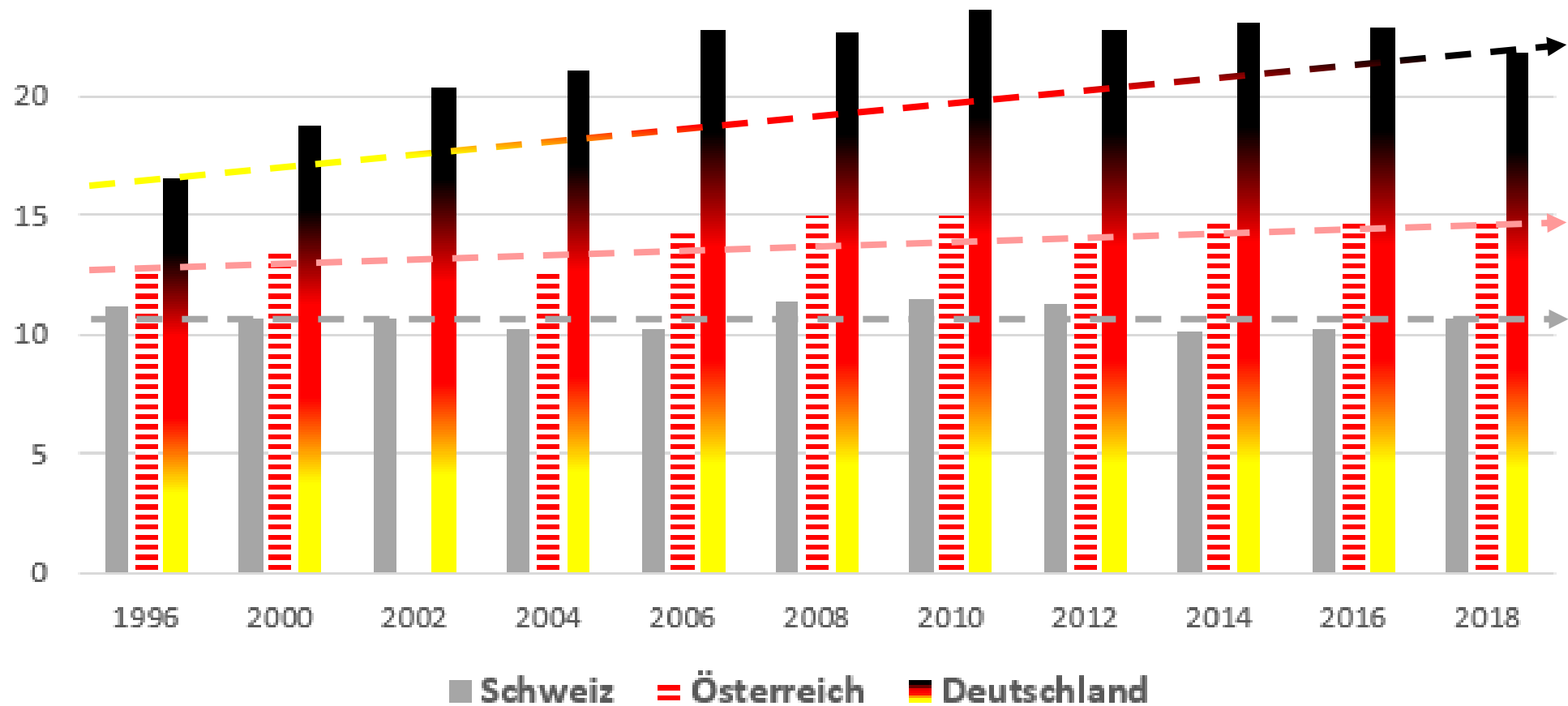


- In vielen Ländern ist die Vertragsabdeckung (Anteil GAV-unterstellte AN) rückläufig
- In Deutschland z.B. ist sie 2002-2018 von 67% auf 54% gefallen (Quelle: IAB-Betriebspanel)
- In der Schweiz ist sie im gleichen Zeitraum leicht von 47% auf 50% gestiegen (Quelle: Seco).

Wirksame FlaM: Kontrollen wirken präventiv

- Die Schweiz und Österreich haben ähnlich Entsendequoten.
 - Entsendemeldungen CH: 79665 (2020)
 - Entsendemeldungen AUT: 84738 (2020)*
 - In der Schweiz gibt es aber ein kohärentes Kontrollsystem und es wird bedeutend mehr kontrolliert (ca. doppelt so viele AN und dreimal mehr Betriebe) und die Zahl der Verstösse liegt bei gut 20% und ist damit klar niedriger als in Österreich.
- ➔ Höhere Kontrolldichte sorgt für GAV-Einhaltung auch bei Entsendebetrieben.
- ➔ «Lohn- und Sozialdumping schädigt den Wirtschaftsstandort und ist unfair gegenüber jenen Unternehmen, die sich an die Regeln halten und Steuern zahlen. Im Sinne der Steuergerechtigkeit ist die Finanzpolizei daher angewiesen, rigoros gegen unredliche Geschäftspraktiken vorzugehen. Arbeitnehmer gehören korrekt entlohnt» (Österreichs Finanzminister Gernot Blümel).

Wirksame FlaM: Weniger Tieflöhne in der Schweiz!



III. Der Streit: Konsens im Prinzip – Dissens in der Praxis

Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit: im Prinzip eine gute Sache!

- **Reform der EU-Entsenderichtlinie (2018)**
 - Ortsprinzip für alle Lohnbestandteile (inkl. Zulagen etc.) von AVE-GAV
 - Entsendungen sind auf 12 Monate (bzw. 18 Monate) begrenzt. Kein Austausch durch neuen Entsandte erlaubt.
 - Kein Lohnabzug von Reise-, Verpflegung- oder Unterbringungskosten
 - Gültig auch für Leiharbeiter:innen
- **Abgesehen von maximaler Entsendedauer (CH: 90 Tage) entspricht das den CH-FLaM (allerdings sind Voranmeldefrist (EuGH: nur 1 Tag), Kontrollgebühren für AG, Paritätische Kontrollen, Sanktionen und Dienstleistungssperren bei Verstößen in der Entsenderichtlinie nicht verankert).**
- **«Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort»: Im Prinzip sind sich alle (ausser ein Teil der Arbeitgeber) einig → Der Streit dreht sich um die Verhältnismässigkeit der Massnahmen, welche es braucht, damit aus dem Prinzip Praxis wird!**

Die Crux mit dem EuGH

- **Der EuGH ist für die Rechtsauslegung bei allen Fragen im Zusammenhang mit EU-Recht letztinstanzlich zuständig**
 - **Neben der Entsenderichtlinie gehört auch die «Durchsetzungsrichtlinie» (2014) zum Rechtsbestand. Darin heisst es z.B**
 - «Die Maßnahmen ... sollten gerechtfertigt und verhältnismäßig sein, damit kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht, das Beschäftigungspotenzial insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) nicht eingeschränkt wird.»
 - «Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Überprüfungen und Kontrollen gemäß diesem Artikel nicht diskriminierend und/oder unverhältnismäßig sind.»
 - **Im Zweifelsfall hat das EuGH in den letzten 15 Jahren dem ungehinderten Marktzugang gegenüber Arbeitnehmerrechten oft Vorrang gegeben, z.B.:**
 - **2007/08 Urteile in den Fällen Laval, Viking, Rüffert und «Luxemburg».**
 - **2018/19 Urteile in den Fällen Cepelnik, Maksimovic, Dobersberger und Andritz.**
- Konkret: Die EuGH-Rechtsprechung führte zu einer Schwächung des Schutzdispositives gegen Lohndumping z.B. in Luxemburg und Österreich.**

InstRa-Streit: unverhältnismässige und diskriminierende FlaM?

- **Kontrolldichte in der Schweiz europaweit am höchsten: CH kontrolliert Löhne von 170'000 Arbeitnehmenden jährlich, AUT ca. 100'000, D und F deutlich weniger**
- **Scheinbar höhere Kontrolldichte bei Entsendebetrieben (30-50% pro Jahr) als bei AVE-Betrieben (8-10%). **Aber:** bei CH-Betrieben Lohnbuchkontrolle für ganze Belegschaft und über einen längeren Zeitraum (bis zu 5 Jahren) → über 5-Jahreszeitraum vergleichbare Dichte!**
- **Kritik an Kauttionen. **Aber:** Sie gelten auch für CH-Betriebe. Kauttion kann auch im Ausland hinterlegt werden (z.B. Bankgarantie in Deutschland!)**
- **Kritik an 8-Tage-Regel. **Aber:** Kontrolldispositiv beruht auf Selbstdeklaration der Firmen → das führt v.a. bei unseriösen Firmen zu Verzögerungen.**
- **Freier Marktzugang für Entsendebetriebe aus D und F? **Aber:** Auch dort bestehen systemische oder administrative Hürden (Z.B. komplizierte Anmeldeformalitäten in Frankreich oder «Urlaubskasse» in Deutschland).**

IV. Wie weiter? Die Akteure in der Schweiz

Nach dem InstRa-Fail: Akute Beziehungsprobleme!

Die EU-Kommission ist nach Abbruch der InstRa-Verhandlungen durch den BR verärgert. Retorsionsmassnahmen:

- Bestehende Marktzugangsabkommen werden nicht mehr aktualisiert (→ Probleme Produktzulassungen)
- Aktives Desinteresse der EU-Kommission an neue sektoralen Marktzugangsabkommen (z.B. Strommarkt)
- Bremsspuren bei Gleichwertigkeitsanerkennung für Schweizer Gesetze (z.B. Börsenäquivalenz)
- Blockade der Assoziierung der Schweiz an EU-Programme in den Bereichen Forschung, Bildung und Innovation (Horizon Europe, Digital Europe, Erasmus+)
- EU-Kommission markiert im Hinblick auf kommende Verhandlungsphase Härte.

Vorgehen des Bundesrates

Der Bundesrat hat an der Sitzung vom 23. Februar 2022 die Stossrichtungen für ein Verhandlungspaket mit der EU festgelegt. Er verfolgt einen «Paketansatz»

- Neue Bilaterale Abkommen (Strom, Lebensmittelsicherheit → Bilaterale III)
- Kooperationsabkommen im Bereich Forschung (Horizon), Gesundheit und Bildung
- Regelung der «institutionellen Fragen» in den einzelnen bisherigen Abkommen (Rechtsübernahme, Streitschlichtung, Ausnahmen/Schutzklauseln)
- (Autonomer) Abbau von Regelungsunterschieden zwischen der Schweiz und der EU

Der BR will bis zum Sommer ein Verhandlungsmandat entwickeln. Mario Gattiker, alt Staatssekretär, hat den Auftrag, die innenpolitischen Akteure zum Abbau von Regelungsunterschieden zu konsultieren und dem Bundesrat Bericht zu erstatten.

Kritik und Forderungen SGB (aus Vorstandsbeschluss 22.03)

- «Vorgehen des Bundesrates stark absturzgefährdet.» Fehlen neuer materieller Dossiers, die verhandelt werden könnten, um Druck von den institutionellen Fragen zu nehmen.
- SGB unterstützt den Ansatz, die Regelungsunterschiede zwischen der Schweiz und der EU abzubauen.
- Die Regelungen der EU-Unionsbürgerrichtlinie bezüglich Aufenthaltssicherheit sollen von der Schweiz übernommen werden (ohne Schlupflöcher für Scheinselbständigkeit).
- Übernahme bzw. Anpassung an Mindestlohn-Richtlinie (inkl. Aktionsplan zur Förderung von Kollektivverhandlungen).*
- Übernahme EU-Richtlinie zu Lohngleichheit/Gender-Pay-Gap, welche über neue Gesetz in der Schweiz hinausgeht.*
- Übernahme Richtlinie gegen Schein-Selbständigkeit in Plattformarbeit (Beschäftigten sind grundsätzlich als Arbeitnehmende definiert).*
- Übernahme Richtlinie zur Unternehmensverantwortung.*

(... Fortsetzung)

- «Schweizer Taggelder für Grenzgänger:innen» (Zusammenhang mit umstrittener «Koordination der Sozialversicherungen» innerhalb der EU)
 - Beitritt oder zumindest Assoziierung mit ELA (Europäische Arbeitsagentur) und zur «Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen» (Eurofound).
 - Diese Punkte sollen in der SGB-Kommunikation offensiv kommuniziert werden. Ausserdem will der SGB den BR auffordern sich Rahmen von Verhandlungen positiv auf die «Europäische Säule sozialer Rechte» der EU zu beziehen.
 - Bekräftigung «Rote Linien»:
 - Eigenständige Organisation des Lohnschutzes, aber Offenheit für Verbesserungen im Vollzug.
 - Regelung der staatlichen Beihilfen: Kein Abbau oder Privatisierung des Service Public.
- Wichtig: SGB beschränkt sich auf Inhalte und legt sich in institutioneller Hinsicht nicht fest.

«Ja zu einem sozialen Europa, mit gesichertem Lohnschutz»

Daniel Lampart, 13.5.2022:

- **«Übernahme fortschrittlicher EU-Rechte verbessert die Lage der Berufstätigen in der Schweiz».**
- **«Ein solcher Beitrag der Schweiz zu grenzüberschreitender sozialer Sicherheit würde zweifellos auch die Weiterentwicklung der guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa unterstützen. Dasselbe gilt auch für ein Bekenntnis zur Übernahme der Normen aus ... EU-Richtlinien»**
- Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit einem expliziten Recht auf «Stopp bei Gefahr» (RL 12. Juni 1989)
- Europäische Betriebsräte (Mitwirkung im Betrieb/RL 2009/38)
- Aufenthaltssicherheit für EU-Bürger:innen in der Schweiz (EU-Unionsbürgerrichtlinie + FlaM um mögliche Schlupflöcher für Scheinselbständigkeit und Lohndumping zu verhindern)
- Europäische Arbeitsagentur (ELA) und Eurofund
- Lohngleichheit/Gender-Pay-Gap
- Gegen falsche Selbständigkeit in Plattformarbeit
- Mindestlohn-Richtlinie und Förderung von Kollektivverhandlungen
- Unternehmensverantwortung
- Schweizer Taggelder für Grenzgänger:innen

The screenshot shows the top part of a news article. The header is dark blue with the text 'Aargauer Zeitung' and a login button 'Anmelden'. Below the header is a navigation bar with 'Menu', 'Startseite', 'Schweiz', and the article title 'Gewerkschaften sauer: Bundesrat ignorierte ihre EU-Vorschläge'. The main content area has a sub-header 'abo PERSONENFREIZÜGIGKEIT' and the article title 'Gewerkschaften sind sauer auf den Bundesrat - er ignorierte ihre Vorschläge, sozialeres EU-Recht zu übernehmen'. The first paragraph of the article reads: 'Der Bundesrat wollte von den verschiedenen Parteien wissen, wo er EU-Recht autonom übernehmen soll. Auch der Gewerkschaftsbund (SGB) machte Vorschläge - vergeblich. Nun geht er in die Offensive.'

SP-Roadmap



Phase 1 :

Stabilisierungs-
abkommen

2022

- Institutionalisierte Dialog
- Übernahme EU-Recht im Rahmen bestehender Verträge (Stabilex).
- Hoher Kohäsionsbetrag
- Europagesetz für Stabilisierungsabkommen
- Teilnahme an EU-Programmen als assoziiertes Mitglied.

Phase 2 :

Wirtschaftspartner-
schaft und
Zusammenarbeit

2023–2027

- Verhandlungen über Wirtschafts- und Kooperationsabkommen.
- Sektorielle Abkommen (Elektrizität, Gesundheit und kreativen Industrien).
- Klärung institutionelle Fragen
- Der Kohäsionsbetrag wird verstetigt.
- Regeln für ständige Beteiligung an EU-Programmen ab 2028.

Langfristziel :

Stärkung der
Partizipation der
Demokratie durch
Beitritt zur EU

- Fakultatives Referendum (Europagesetz und Stabilisierungsabkommen, Bundesbeschluss Wirtschaftspaket)
- Größtmögliche demokratische Teilhabe wird mit dem Beitritt zur EU erreicht.

Langfristige Perspektive rückt in den Vordergrund

Abo EU-Beitritt in drei Schritten

Jetzt sagen sie es klar und deutlich: So will die SP in die EU

Ab 2027 soll die Schweiz den Beitritt zur Europäischen Union verhandeln. Die Vorteile eines Mitmachens seien viel grösser als das weitere Abseitsstehen, heisst es in einem neuen Papier der Partei.

Grüne auf EU-Kurs – bisher schwammige «Europa-Initiative»

- **«Abbruch der Verhandlungen für ein institutionelles Rahmenabkommen war ein schwerwiegender strategischer Fehler des Bundesrates. Seither herrscht Stillstand in der Schweizer Europapolitik. Der bilaterale Weg erodiert.» → Schweizer Europapolitik in der Sackgasse**
- **Bundesrat lässt in der Europapolitik jeglichen Führungsanspruch vermissen. Situation der kollektiven Verantwortungslosigkeit.**
- **«Die GRÜNEN bekräftigen darum ihre Unterstützung für die Europa-Initiative, die von Operation Libero vorbereitet wird» (zusammen mit Suisseculture, dem Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS, la Suisse en Europe*).**
- **Konkrete Schritte: Die Schweiz soll sich an der Finanzierung der EU-Plattform «RebuildUkraine» sowie am europäischen «Green Deal» beteiligen und einen Beitritt zur Europäischen Arbeitsbehörde und zu Eurofound prüfen.**

* GLP und Europabewegung abgesprungen

Und die Bürgerlichen?

- SVP: ... We all know!
- Arbeitgeber: abwarten, Tee trinken und die Linke spalten

Die Wirtschaft soll sich zum Lohnschutz bekennen

Die innenpolitische Mission zur Rettung der Bilateralen läuft auf Hochtouren – involvierte Personen zeigen sich relativ zuversichtlich

FABIAN SCHÄFER, BERN

Zweite Erkenntnis: Die Gewerkschaften spielen weiterhin eine ebenso

dem sich vor allem auch die Arbeitgeber anschliessen müssten. Das Ziel ist

Das Powerplay der Gewerkschaften hat bereits begonnen. Letzte Woche haben

zept der Unionsbürgerschaft übernehmen muss, ist kaum vorstellbar, dass eine

«Die Gewerkschaften spielen weiterhin eine ebenso zentrale wie schwierige Rolle. Kompromissbereitschaft sei nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Sie zeigen sich zwar offen, im Vollzug des Lohnschutzes auf Anliegen ausländischer Gewerbebetriebe einzugehen. Aber sie sind fundamental dagegen, in diesem Bereich institutionelle Spielregeln einzuführen, wie dies die EU verlangt. Weder eine dynamische Rechtsübernahme wollen sie akzeptieren noch eine Streitbeilegung, bei welcher der Europäische Gerichtshof eine wie auch immer geartete Rolle spielen würde. Mit dieser Haltung wird es keine Lösung mit der EU geben...»

→ **Der Plan: Schwarz-Peter-Spiel, Druck auf Gewerkschaften, Lippenbekenntnisse zu Lohnschutz ohne konkrete Zugeständnisse** «Entscheidend dürfte die Position der Wirtschaftsverbände sein. Diese sind ... gesprächsbereit. Was sie hingegen ablehnen, sind weitere «Vorabgeschenke» an die Gewerkschaften, nachdem sie 2020 bereits die Einführung der Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose unterstützt haben. ... Die Absicht ist klar: **Gelingt es, den Lohnschutz glaubwürdig abzusichern, besteht zumindest die Chance, dass ein neues Verhandlungspaket auch gegen gewerkschaftlichen Widerstand durchkommen könnte.**»

V. Und die EU?

Kontinuität und Wandel der EU

- **Staaten-Gemeinschaft** mit kleinem Gemeinschaftsstaat (aber keine politische Gemeinschaft: europ. Zivilgesellschaft, Parteien und Medien extrem schwach)
- Immer mehr **Markt- bzw. Wettbewerbs-Gemeinschaft**: Standort- und Steuerwettbewerb zwischen den Staaten sowie transnationaler Wettbewerb der Arbeitskräfte mit Lohndumping, etc. Einflussreiche Wirtschaftslobbies in Brüssel. Aber: Ansätze zu Banken-, Fiskal- und Investitions-Union!
- **Rechts-Gemeinschaft**: Mitgliedstaaten müssen die EU-Richtlinien in nationales Recht umsetzen. EuGH entscheidet im Konfliktfall und setzt damit EU-Recht.
- **Polizeiliche Sicherheits-Gemeinschaft** (Frontex: Festung Europa) aber nur schwacher geopolitisches Machtprojekt.
- **Soziokulturelle Gemeinschaft**: Bildungsharmonisierung («Bologna»), kultureller Austausch und PFZ führen zu langsamer Angleichung.
- **Solidar-Gemeinschaft?** Versprechen eines «sozialen Europa» als flankierende Massnahme zum Binnenmarktprojekt nie eingelöst. Klimakrise + Pandemie → neuerdings hoffnungsvolle Ansätze (SURE, Recovery Fund).

«Europäische Säule sozialer Rechte»

- **Im November 2017 unterzeichnen 28-EU-Mitglieder eine Erklärung zu gemeinsamen Mindeststandards:**
 - **Faire Arbeitsbedingungen: Mindestlohn und Förderung Kollektivverhandlungen, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben**
 - **Arbeitsmarktzugang: Elternurlaub, Lohngleichheit, Aktive Unterstützung für Beschäftigung**
 - **Sozialschutz: Arbeitslosigkeit, Mindesteinkommen, Renten, Gesundheitsversorgung, Langzeitpflege u.a.**
- **Aktionsplan für Umsetzung**
- **Zielvorgaben EU 2030 (Erwerbsquote, Weiterbildung, Armutsreduktion)**
- **Aber: Freiwillige Umsetzung (Mitgliedstaaten befürchten eine Kompetenzverschiebung zu Gunsten der EU bzw. der EU-Kommission). Umstritten bleibt auch der Stellenwert der Sozialrechte gegenüber den Binnenmarktrechten (in EU-Verträgen ist das Soziale nachgeordnet, was EuGH immer wieder hervorstreicht).**

Gewerkschaften: Soziale Rechte in die EU-Verträge!

Beschluss des EGB-Vorstands vom 17.3.2022: ein Protokoll über den sozialen Fortschritt muss in die EU-Verträge aufgenommen werden.

- **Soziale, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte müssen Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten und anderen politischen Zielen der EU haben.**
- **Die Autonomie der Sozialpartner, der nationale soziale Dialog und das Funktionieren der Systeme der Arbeitsbeziehungen sind stets zu respektieren.**
- **Schutz der anspruchsvollsten Normen sozialer Rechte, unabhängig davon, ob sie sich aus dem nationalen, europäischen oder internationalen Recht ergeben.**

Offene institutionelle Perspektiven

- **Schwache Demokratisierungsansätze: unverbindlicher Bericht des Prozesses «Future of Europe» an Präsidenten der EU-Institutionen am 9. Mai (EU-weites Referendum bzw. vom EU-Parlament ausgelöstes Plebiszit, transnationale Wahllisten fürs EP). Macron: «Ich möchte klar sagen, dass einer der Wege zu dieser Reform die Einberufung eines Konvents zur Revision der Verträge ist. Diesem Vorschlag des Europäischen Parlaments stimme ich zu»**
 - **Grösse und politische Heterogenität (Ungarn, Polen!) erschweren interne Normendurchsetzung → scheinbar wenig Spielraum für institutionelle Flexibilität gegenüber Drittstaaten wie der Schweiz.**
 - **Andererseits: Dynamische Entwicklung der EU-Institutionen in einem volatilen Umfeld (z.B. Ukraine!) öffnet evt. neue Perspektiven.**
- **Auswirkungen auf die Verhandlungen EU-CH?**

Abo Analyse zur EU-Reform

Macrons Pläne sind auch für die Schweiz interessant

Der französische Präsident reanimiert die Idee einer Europäischen Konföderation mit befreundeten Staaten rund um die EU. Das müsste die Ukraine interessieren – und hiesige Politiker.